

Themen des Diözesankomitees zu den Diskussionsveranstaltungen vor der Landtagswahl 2023

Eine Arbeitsgruppe des Diözesankomitees hat eine Stellungnahme zu Themen erstellt, die ihr wichtig sind.

Ehrenamtsentwicklung:

In der Bayerischen Verfassung heißt es in Art. 121: „Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl.“ Auch hier sehen wir realitätsbezogenen Nachholbedarf.

Ohne bürgerschaftliches Engagement würde unserer Gesellschaft etwas fehlen. Viele engagieren sich ehrenamtlich im sozialen, kulturellen oder kirchlichen Bereich, bei Feuerwehren und Rettungsdiensten, im Umweltschutz oder in Entwicklungsprojekten sowie in vielen anderen Einrichtungen, um etwas unentgeltlich für das Gemeinwesen zu leisten. Rund 40% der über 14-Jährigen übernehmen freiwillig eine Aufgabe, die am Gemeinwohl orientiert ist und nicht bezahlt wird.

Die Beweggründe für die Ausübung eines Ehrenamtes sind vielfältig und reichen von einer Sinnstiftung für das eigene Leben über den Wunsch nach sozialem Kontakt und Austausch oder der Möglichkeit des gesellschaftlichen Mitgestaltens bis hin zu reinem Spaß an der Sache. Da Ehrenamtliche einen erheblichen Beitrag für die Gesellschaft leisten, benötigen sie mehr Unterstützung. Gerade wenn das Ehrenamt einen hohen zeitlichen Aufwand mit sich bringt, können Berufstätige dies nicht mehr ausüben. Deshalb wäre es nur angemessen, wenn bei regelmäßiger ehrenamtlicher Tätigkeit eine Anerkennung durch mehr Urlaubstage erfolgt. Gleichzeitig leisten die Arbeitgeber dadurch einen Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben. Ebenso sinnvoll halten wir eine angemessene Anrechnung auf die Rente, wie sie schon bei der häuslichen Pflege erfolgt, wenn sie ehrenamtlich ausgeübt wird. Dazu gehört auch, dass bei der häuslichen Pflege die 30-Stundengrenze abgeschafft wird.

Thema: Stadt-Land-Problematik

In der bayerischen Verfassung Art. 3 Abs. 2 steht, dass der Staat die natürliche Lebensgrundlage schützt, sie fördert und gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, sichert. Dies sehen wir nicht ausreichend umgesetzt. Vor allem möchten wir auf die Bereiche ÖPNV, Infrastruktur und Gesundheitsversorgung eingehen.

ÖPNV

In vielen ländlichen Regionen fehlt ein gut ausgebautes ÖPNV-Angebot: Busse und Bahn fahren zu selten, um Berufstätigen und Privatpersonen eine Alternative zum Pkw zu bieten. Verkehrsangebote, die in urbanen Ballungsgebieten sinnvoll sind, müssen im ländlichen Raum auf die dortige Situation angepasst werden. Alternativen wären ein kostengünstiges, flächendeckendes flexibleres Angebot z.B. von Rufbussen, Bürgerbussen, Sammeltaxis, Car-Sharing und Bike-Sharing. Dazu zählt für uns auch, dass die Zusammenarbeit der Verkehrsverbände verbessert wird. Der verstärkte Ausbau von Fahrrad(schnell)wegen, den wir grundsätzlich befürworten, stellt keine grundlegende Alternative dar.

Infrastruktur/Internet

Für uns ist es wichtig, dass notwendige Infrastruktur (z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Ärzte, Apotheken, Post, Banken) in unmittelbarer Nähe der Bewohner auch in peripherer Region aufrechterhalten wird. Dazu ist es erforderlich, dass strukturschwache Regionen dahingehend gefördert werden.

Neben den Voraussetzungen vor Ort ist es uns auch wichtig, dass es flächendeckend einen guten Internetzugang gibt und die Digitalisierung (z.B. bei Behördengängen) vorangetrieben wird.

Krankenhausversorgung/Gesundheitsvorsorge

Wir stellen fest, dass die medizinische Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, ausblutet und die Qualität der medizinischen Versorgung abnimmt. Die Gesundheitsversorgung wird nur noch nach wirtschaftlichen Aspekten eingerichtet und nicht im Rahmen des Gemeinwohls. Es gibt immer weniger Krankenhäuser, die in kurzer Zeit erreichbar sind. Bisher ist die Krankenhausplanung Ländersache. Dies soll nun nach einem Gesetzesentwurf verändert werden, was wir für nicht sinnvoll halten.

Schlechte Gesundheitsversorgung liegt nicht nur an der Entfernung von Krankenhäusern, sondern auch an fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen. Die Ausbildung von Pflegekräften ist unattraktiv, so dass Pflegeeinrichtungen unter Personalmangel leiden. Studienplätze für Allgemein- und Notfallmedizin fehlen. Dadurch wird der Ärztemangel auf dem Land noch größer.

Thema: Bildungsgerechtigkeit

In den Menschenrechten wird in Artikel 26 festgehalten: „Jeder hat das Recht auf Bildung“. Sowohl dort als auch in der Bayrischen Verfassung (Artikel 131) wird nicht nur von einer Bildung, die das Curriculum umfasst gesprochen, sondern von einer allumfassenden Bildung. Deshalb setzen wir uns ein für eine Chancengerechte Bildung, außerschulische Bildung, einer guten Ausbildung für Lehrkräfte und ein Bildungszeitgesetz.

Chancengerechte Bildung

Für uns ist klar, dass alle Personen unabhängig von Herkunft, Religion etc. die selbe Bildung zur Verfügung stehen muss. Verschiedene Studien machen darauf aufmerksam, dass Abitur oder der Hochschulzugang für junge Menschen aus Akademikerfamilien viel einfacher zu erlangen ist. Das hat viele verschiedene Gründe: Unterstützung beim Lernen durch die Familie, Finanzielle Ressourcen für Nachhilfe, Ergänzendes Material und Finanzierung von weiterführender Bildung. Neben dem haben verschiedene Menschen durch individuelle Bedürfnisse unterschiedliche Zugänge zu Bildung.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass Bildung finanziell so ausgestattet wird, dass Bildung für alle gleich möglich ist und vielfältige Lernräume geschaffen werden können.

Neben der Bildung für Kinder und Jugendliche ist es für uns auch wichtig, dass Bildung auch im Erwachsenenalter weitergeführt werden kann. Deswegen gehört für uns zur Chancengerechten Bildung auch eine Einführung eines umsetzbaren Bildungszeitgesetzes dazu.

Ausbildung von Lehrkräften

Für eine gewinnbringende Bildung sind gut ausgebildete Lehrkräfte Grundvoraussetzung. Deshalb beobachten wir sehr kritisch, dass immer mehr Quereinsteiger ohne pädagogisch-didaktische Ausbildung in die Ausbildung geworben werden. Wir benötigen fachlich und pädagogisch gut ausgebildete Lehrkräfte, die schon in der Ausbildung viel Praxiserfahrung erwerben können. Neben dem braucht es an Schulen nicht nur Lehrkräfte, sondern ein multidisziplinäres Team (Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen, Seelsorger*innen, Expert*innen aus der Berufswelt).

Außerschulische Bildung

Neben der formellen Bildung innerhalb der Schule stellen non-formelle und informelle Bildungsräume gleichwertige Bildungsorte dar und müssen als solche anerkannt werden, da wichtige Softskills und Fähigkeiten dort erlernt werden können und die schulische Bildung ergänzen. Die außerschulische Bildung muss allen Kindern und Jugendlichen offenstehen.

Niemand darf aufgrund finanzieller oder kultureller Hintergründe von diesen Angeboten ausgeschlossen werden.